

Genitalverstümmelung nach wie vor auch Problem in Österreich GRAFIK

Utl.: Schätzungen zufolge zwischen 6.000 und 8.000 Betroffene - Grüne
fordern Asyl für von Verstümmelung bedrohte Frauen
GRAFIK 0166-10, Format 42 x 82 mm =

Wien (APA) - Rund 155 Mio. Frauen sind laut der "Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung" weltweit an ihren Genitalien verstümmelt. Auch in Österreich gibt es dieses Problem nach wie vor, zwischen 6.000 und 8.000 Mädchen und Frauen seien Schätzungen zufolge betroffen, meinte Petra Bayr, SPÖ-Abgeordnete und Mitglied der Plattform, am Donnerstag bei einer Pressekonferenz anlässlich des Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar. Die Grünen forderten indes Asyl für alle von Genitalverstümmelung bedrohten Frauen.

"Viele Eltern glauben, sie tun den Mädchen mit der Verstümmelung etwas Gutes", erklärte Bayr. Der einzige Weg, dieses Denken zu ändern, sei Bewusstseinsbildung: Man müsse den Eltern klarmachen, dass Genitalverstümmelung weder von der Religion verlangt werde noch Voraussetzung für einen Ehemann sei. Vielmehr handle es sich um eine Menschenrechtsverletzung, unter der die Mädchen und Frauen ihr Leben lang psychisch und physisch leiden müssten.

Wie im Nationalen Aktionsplan gegen weibliche Genitalverstümmelung festgehalten, bemühe sich die Plattform deshalb, auf unterschiedlichen Ebenen - etwa bei Gesundheitspersonal, in den Migrantengemeinschaften oder bei religiösen Führern - Bewusstsein zu schaffen, so Bayr. Wiewohl es keine offiziellen Zahlen gebe, sei sie davon überzeugt, dass diese Arbeit auch Früchte trägt: "Die Situation ist besser geworden", die Beratungsangebote würden zusehends vor dem Eingriff in Anspruch genommen. Viele Eltern würden auch kommen, um die Verstümmelung so weit wie möglich rückgängig machen zu lassen. Auch die Bevölkerung werde beim Thema Genitalverstümmelung immer sensibler, glaubt Bayr.

Um dieses Bewusstsein zu stärken, wünscht sich die Plattform auch den 6. Februar, der vor sieben Jahren bei der Konferenz des "Inter African Committee" als "International Day of Zero Tolerance to FGM (female genital mutilation, Anm.)" ausgerufen worden war, als internationalen UNO-Gedenktag. Am 17. Februar startet außerdem eine europaweite Kampagne gegen Genitalverstümmelung mit einer Veranstaltung im Palais Epstein in Wien.

Die Grünen forderten indes abermals Asyl für Betroffene: Genitalverstümmelung sei ein "schwerwiegender Eingriff in die körperliche und sexuelle Integrität von Frauen und somit eine schwere Menschenrechtsverletzung", meinte Frauensprecherin Judith Schwentner in einer Aussendung. "Frauen, die vor drohender Genitalverstümmelung flüchten, müssen in Österreich Aufnahme finden." Am stärksten verbreitet ist die Genitalverstümmelung nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in West- und Nordostafrika.

(S E R V I C E: Österreichischen Plattform gegen weibliche
Genitalverstümmelung: <http://www.stopfgm.net/>)
(Schluss) spu/mp

APA296 2010-02-04/13:03